Ihr Name

Ihre Straße

Ihre PLZ und Stadt

Name Abgeordnete\*r

Wahlkreisbüro

Straße

PLZ, Ort

Ort, Datum

**Kürzung der Finanzmittel für den Radverkehr im Bundeshaushalt**

Sehr geehrte Abgeordnete ...........................................,  
/Sehr geehrter Abgeordneter............................................,

im Juli hat das Bundeskabinett den Haushaltsplan mit drastischen Kürzungen für den Radverkehr vorgelegt. Lediglich 400 Millionen Euro sind demnach bundesweit für den Radwegeausbau vorgesehen. Dies ist im Vergleich zum Jahr 2022 fast eine Halbierung der Mittel. Der Nationale Radverkehrsplan, der die Zielsetzung des Radwegeausbaus bis 2030 darstellt, sieht 30 Euro pro Kopf pro Jahr in Deutschland vor. Bund, Länder und Kommunen sollen davon jeweils ein Drittel zahlen. Im Klartext bedeutet dies: Bei 83 Millionen Einwohner\*innen müssten rund 2,5 Milliarden Euro jährlich in den Radwegeausbau investiert werden. Wenn jetzt der Bund kürzt, obwohl die 30-Euro-Marke insgesamt und die 10-Euro-Marke für den Bund noch nicht einmal erreicht sind, wackelt die Finanzierung des Radverkehrs stark und der Ausbau sicherer Radnetze rückt in unerreichbare Ferne. Die Verkehrsministerkonferenz der Länder fordert sogar eine Milliarde Euro pro Jahr vom Bund für den Radwegeausbau – davon sind wir mit dem neuen Bundeshaushalt weit entfernt.

Damit Deutschland beim Ausbau der Radinfrastruktur nicht um Jahre zurückgeworfen wird, müssen die Länder die fehlenden Mittel ausgleichen. Sie müssten 2024 also zusätzlich zu ihrem Drittel vom Kuchen 600 Millionen Euro aufbringen, um ihre Kommunen ausreichend bei der Mobilitätswende zu unterstützen. Dies gilt auch für Nordrhein-Westfalen. Die Förderrichtlinie Nahmobilität erfreut sich großer Beliebtheit – dennoch sieht der aktuelle Haushaltsentwurf des Landesministeriums sogar Kürzungen von 30 % vor. Wenn der Bund die Radverkehrsmittel also nicht aufstockt und das Land Kürzungen vorsieht, dann stehen die Kommunen alleine da und die Mobilitätswende in Nordrhein-Westfalen muss ausfallen.

Dies gilt auch für meine Kommune. Ich wohne in .............................................. und befürchte, dass durch die Kürzung der Radverkehrsmittel im Bundeshaushalt die Radverkehrsförderung hier in .................................................. nicht nur verlangsamt, sondern gänzlich gestoppt wird. Nordrhein-Westfalen hat sich das Ziel gesetzt, einen Radverkehrsanteil von 25 % zu erreichen. Durch die Kürzung der Radverkehrsmittel im Bundeshaushalt sehe ich die Klimaschutz- und Radverkehrsziele auch hier in Nordrhein-Westfalen gefährdet. Klimaschutz braucht die Mobilitätswende und die Mobilitätswende braucht den Radverkehr!

Deshalb fordere ich Sie auf, sich dafür einzusetzen, dass die im Verkehrsetat vorgesehenen Mittel für Straßenbau und –sanierung umverteilt und für den Radverkehr eingesetzt werden. Mit konsequenten Investitionen von mindestens 30 Euro pro Person und Jahr kann die Entwicklung einer guten Radverkehrsinfrastruktur mit hohen Qualitätsstandards und vielfältigen Serviceeinrichtungen gelingen. Und nur mit entsprechenden Bundesmitteln für den Radverkehr können wir Deutschland zu einem fahrradfreundlichen Land machen.

Mit freundlichen Grüßen

........................................................